



Ökumenisches Netz Württemberg

Sprecherin:

Sylvia Dieter
Nahe Weinbergstr. 12
74348 Lauffen/N.
Tel. 07133 21068

Stellv. Sprecher:

Dr. Eberhard Müller
Pelzmühle
72348 Rosenfeld
Tel. 07428 2386

Presseerklärung

11.10.2010

Ökumenisches Netz Württemberg beim Projekt Stuttgart 21 über Frieden in der Gemeinschaft besorgt

Das Ökumenische Netz Württemberg ist wegen des Konflikts um das Projekt Stuttgart 21 besorgt über den Erhalt des innergemeinschaftlichen Friedens und sieht die einzige Chance zu einer Verständigung in einer Mediation bei gleichzeitigem Baustopp sowie einer zusätzlichen demokratischen Legitimierung des Vorhabens durch eine Volksabstimmung.

Der Frieden in der Gemeinschaft ist eines von vier zentralen Friedensthemen der zurückliegenden zehnjährigen Dekade zur Überwindung von Gewalt und vor allem der bevorstehenden Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation in Kingston, Jamaika im Mai 2011. Das Ökumenische Netz Württemberg ÖNW sieht diesen von der weltweiten ökumenischen Bewegung angestrebten Frieden in der Gemeinschaft nach der Eskalation der Kontroverse um das Projekt Stuttgart 21 in großer Gefahr. Uns treibt die Sorge um, dass Mitmenschen aus unserer nächsten Umgebung, gleich ob protestierende BürgerInnen, ProjektbefürworterInnen oder Polizeikräfte unseres Landes, durch die schon ausgeübte und weiterhin drohende Gewaltanwendung Schaden an Leib und Leben nehmen. Dies darf das Projekt Stuttgart 21 niemals wert sein.

Nun scheint Bewegung in die verfahrenen Positionen zu kommen. Das ÖNW begrüßt die Bereitschaft der Konfliktparteien, sich unter der Leitung eines Vermittlers auf eine Mediation einzulassen. Wir schließen uns aber auch der Forderung der ProjektgegnerInnen nach einem Moratorium, also einem tatsächlichen Aussetzen aller Bau- und Baumfällarbeiten an, da nur über etwas, das noch vorhanden ist, auch wirklich verhandelt werden kann. Nur die ProjektbefürworterInnen können in der jetzigen Situation einen solchen Schritt zur Güte tun, die Protestierenden haben de facto keine Möglichkeit dazu.

Mit einer solchen Verhandlungsgrundlage kann die Diskussion wieder in aufrichtige und faire Bahnen zurückgelenkt werden. Zudem würde ein vorurteilsfreier Umgang miteinander erreicht. Es mag sein, dass formal alle

rechtsstaatlichen und demokratischen Spielregeln bei Stuttgart 21 befolgt wurden, allein der massive Widerstand der Bevölkerung zeigt, dass es in diesem Fall einer zusätzlichen demokratischen Legitimation bedarf, die die Form einer Volksabstimmung über das Projekt haben muss. Dazu gehört die umfassende Aufklärung der Bevölkerung über sämtliche Kosten, Hintergründe, Konsequenzen, Folgekosten und vor allem über das eigentliche Ziel des Bauvorhabens, das sich inzwischen offenbar von einem Landes- in ein europäisches Prestigeprojekt verwandelt hat.

Die Befürchtung, dass auf diese Weise langfristig Großprojekte nicht mehr durchsetzbar sein werden, ist für uns zunächst zweitrangig. Vordergründig sehen wir im Aufbegehren der Bevölkerung ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass die Menschen in verstärktem Maß wieder ihre Verantwortung in die eigene Hand nehmen für das ihnen Anvertraute, in der Gemeinschaft, im Wirtschaftsleben, im Umgang mit den Ressourcen der Erde und in der Versöhnung unter den Völkern mit dem Ziel eines dauerhaften Friedens.